Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

100 Nagolder Tagblatt Jahre

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn ℳ 1.50 Einzelnummer 10 ₰ — Erscheint an jedem Werktage — Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold — Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold

Anzeigenpreise: Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 ₰, Familien-Anzeigen 12 ₰, Reklame-Zeile 50 ₰, Sammelanzeigen 50 % Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postscheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 63 | Gegründet 1826 | **Mittwoch den 17. März** | Fernsprecher Nr. 29 | **100. Jahrgang**

Die amerikanische Diplomatie im Weltkrieg

Nach den Erinnerungen des Obersten House

I.

Der bekannte amerikanische Oberst House, der Vertraute Wilsons, hat kürzlich seine „Erinnerungen“ veröffentlicht, die viel besprochen werden. Aus dem interessantesten Teil, der die amrikanische Politik im Weltkrieg bis zur Kriegserklärung Wilsons behandelt, geben wir im Folgenden einen Auszug, der das Wesentliche enthält. D. Schr.

Gleich nach der Marneschlacht machte Oberst House im Weltkrieg zwischen den kriegführenden Mächten einen Versuch der Friedensvermittlung auf der Grundlage, daß der Stand vor dem Krieg wiederhergestellt und eine allgemeine Abrüstung durchgeführt werden solle. Aber erst im Dezember 1914 schienen die Mächte der Aufforderung mehr Gehör schenken zu wollen, obwohl die Vereinigten Staaten sowohl in Deutschland als in England unbeliebt geworden waren; in Deutschland wegen der großen amerikanischen Waffenlieferungen an den Verband, in England, weil Amerika gegen die nichtswürdige völkerrechtswidrige Hungerblockade seine Stimme erhoben hatte. Im Januar 1915 reiste Oberst House nach Europa, nachdem er vorher den deutschen Botschafter Bernstorff ersucht hatte, er möge in Berlin dahin wirken, daß die Zeppelinangriffe auf London eingestellt werden (!). House geht nach London, wo ihm aber der Außenminister Grey achselzuckend erklärt, er könne ohne Rußland und Frankreich nichts machen, diesen Staaten seien auch schon Gebietseroberungen zugesichert worden. (Grey hat selbst durch einen Vertrag die Verbandsmächte verpflichtet, daß keine einen Sonderfrieden schließen dürfe. D. Schr.) Die Stimmung in London ist unbedingt gegen den Frieden, besonders Minister Curzon. Der amerikanische Vorschlag geht auf Zurückziehung der deutschen Truppen aus Belgien und Frankreich, Entschädigung Belgiens durch alle Kriegführenden gemeinschaftlich, eine Verständigung unter allen Völkern, die Rüstungen auf zehn Jahre verbietet, und endlich Handelsfreiheit auf den Meeren. Obwohl die Annahme dieses Vorschlags bereits als aussichtslos erscheint, geht House von London nach Paris, wo Delcassé ganz unmögliche Forderungen stellt, und dann nach Berlin. Hier findet er den Staatssekretär Zimmermann vernünftig“. Dieser gibt ihm jedoch zu verstehen, daß Friedensbedingungen, über die sich die verschiedenen Regierungen einigen könnten, den Sturz dieser Regierungen in allen Ländern bedeuten würden, ud daß aus diesem Grunde die Aussichten sehr gering seien. Er hat viele Unterredungen, mit Bethmann Hollweg, Jagow, Solf, Helfferich und anderen.

Von Berlin reist er wieder nach Paris und London, muß jedoch zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Zeit zu Friedensverhandlungen noch nicht gekommen ist. Mittlerweile wird Amerika durch die Versenkung des amerikanischen Schiffs Gulflight (1. Mai 1915) und der Lusitania (7. Mai) gegen Deutschland erregt, und in den stark englisch eingestellten östlichen Staaten wird zum Krieg gehetzt; aber Wilson ist, wie House betont, noch friedlich gesinnt und weiß, daß er die westlichen und südlichen Staaten hinter sich hat und beschränkt sich auf Protestnoten. House ist zurzeit in London und schlägt vor, daß Deutschland den Unterseebootkrieg aufgeben soll gegen das englische Versprechen, Nahrungsmittel unbehindert durchzulassen. Die Vermittlung zerschlägt sich. House, der nun das Eingreifen Amerikas für unvermeidlich hält, kehrt im Juni zurück. Er bestärkt Wilson in seinem Bestreben, Deutschland zum Aufgeben der Angriffe gegen Passagierdampfer zu zwingen, und der Staatssekretär Bryan, der den Vorschlag macht, amerikanischen Reisenden zu raten, keine Schiffe der kriegführenden Parteien zu benutzen, muß seinen Abschied nehmen und wird durch Lansing ersetzt. Am 19. August wird die „Arabic“ versenkt, und House rät den sofortigen Abbruch diplomatischer Beziehungen. Aber Bernstorff bittet um Aufschub, und es gelingt ihm, von der deutschen Regierung Zugeständnisse zu erlangen, die der deutschen Kriegführung äußerst schädlich wurden. Aber House erörterte bereits das Eintreten Amerikas in den Krieg als etwas ganz Sicheres brieflich mit Grey. Diesem ist die amerikanische Beteiligung nicht nur als Kraftzuwachs erwünscht, sondern er deutet auch an, daß der amerikanische Einfluß beim Friedensschluß England ein Gegengewicht gegen übertriebene Forderungen seiner Verbündeten bieten werde. Grey beteuert immer wieder, daß die englische Beteiligung am Krieg ohne die Verletzung der belgischen Neutralität nicht möglich gewesen sein würde (!). Er deutet an, daß Amerika nun guten Grund zum Eingreifen habe. Aber die amerikanisch-deutschen Beziehung bessern sich ein wenig, nd zugleich verschärfen sich die Klagen über englische Uebergriffe. House, der um jeden Preis die Freundschaft mit England retten will, macht den merkwürdigen Vorschlag, daß die anderen Verbandsmächte auch ein paar amerikanische Schiffe kapern sollten, damit England nicht die ganze Schuld zugeschrieben werde. Andererseits macht er in einem Brief an den amerikanischen Botschafter Page in London darauf aufmerksam, daß Amerika den Verbandsmächten wertvollen Beistand geleistet habe: „Wir haben dem Verband unsere Sympathie gegeben, und wir haben ihm auch die materielle Hilfe geboten — eine unbeschränkte Menge von Kriegsmaterial und Geld. Außerdem haben wir Deutschland gezwungen, seinen Unterseebootkrieg aufzugeben...“ Der Augenblick scheint ihm jetzt günstig; er rät Wilson, einen Friedensvorschlag an die Kriegführenden zu machen, der, auf den Forderungen der Verbandsmächte aufgebaut, in Berlin abgelehnt werden würde. Zur Rechtfertigung dieser niederträchtigen, feigen Hinterlist deutet House an, daß das schließliche Eingreifen Amerikas auf seiten der Verbandsmächte doch unvermeidlich sei, obgleich Wilson entschlossen ist, den Bruch mit Deutschland so lange wie möglich zu vermeiden.

Aber Wilson ist nicht für den Plan zu haben, und er schickt House noch einmal nach Europa, eine Verständigung auf nichtamtlichem Weg zu suchen, ohne Amerika auf ein festes Friedensprogramm festzulegen. House reist am Jahresschluß ab, und zwar zunächst nach London, wo er drei Wochen mit Verhandlungen zubringt, bis er endlich Ende Januar 1916 von Grey und Lloyd George die Friedensbedingungen des Verbands erfährt. Diese sind Abtretung Elsaß-Lothringens, Wiederherstellung Belgiens und Serbiens, Uebergabe Konstantinopels an Rußland und Einrichtung des Völkerbunds. Er fährt nun sofort nach Berlin, aber natürlich ist es vergebliche Mühe, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Er hat jedoch wieder interessante Unterredungen, u. a. mit Bethmann Hollweg über den „Fetzen Papier“, der von der feindlichen Propaganda so unheilvoll ausgebeutet worden war. Er hört zu seinem Erstanen, daß der Ausdruck nur vergleichsweise gebraucht wurde, indem der Kanzler Sir Edward Goschen sagte, im Vergleich mit dem Unheil, welches ein Krieg zwischen England und Deutschland hervorrüfen würde, sei der belgische Vertrag nicht mehr als ein Fetzen Papier. Sein Urteil über Bethmann Hollweg ist nicht schmeichelhaft. Er nennt ihn einen liebenswürdigen Herrn mit beschränkten Fähigkeiten. Er kehrt über Paris nach London zurück.

Der große „Erfolg“: Vertagt?

Der Völkerbundsrat beantragt die Vertagung.

Genf, 17. März. Die Ratsmitglieder haben gestern abend in einer geheimen Sitzung mit 7 gegen 3 Stimmen beschlossen, bei der Vollversammlung den Antrag auf Vertagung des deutschen Aufnahmegesuchs bis zum September zu stellen. Die drei Mächte, die sich gegen diesen Antrag aussprachen, sind Belgien, Japan und Schweden.

Der Vertagungsbeschluß im Einverständnis mit der deutschen Delegation.

Genf, 17. März. Wie die Tel.-Union erfährt, ist der Beschluß des Rates, der zu der Vollversammlung die Vertagung der Aufnahme Deutschlands auf den Herbst empfiehlt, im Einverständnis mit der deutschen Delegation gefaßt worden.

Die Krise in Genf

Halbamtliche deutsche Erklärung zu den französisch-polnischen Umtrieben

Genf, 16. März. Der Sonderberichterstatter des WTB. meldet: Angesichts der verschiedenen Vorschläge, die für eine Lösung der Ratskrise im Verlauf der letzten Woche aufgetaucht sind, ist vielfach vor verfrühten Hoffnungen gewarnt worden. Wie berechtigt das war, zeigt auffallend die gestrige Entwicklung. Der bekannte Gedanke, der unter Umständen einen Ausweg aus der Sackgasse hätte eröffnen können, sah einem freiwilligen Verzicht zweier Staaten (Schweden und Tschechoslowakei) auf ihre nichtständigen Ratssitze vor, der dann Neuwahlen für diese zwei Sitze gestattet hätte. Dadurch wäre die Entscheidung darüber, ob Polen jetzt in den Rat hineinkommt, auf die Abstimmung **durch die Vollversammlung des Völkerbunds abgewälzt worden, entsprechend der deutschen Auffassung,** wonach durch den Völkerbund und nicht im Wege von Abmachungen verschiedener Großmächte untereinander über diese Frage zu entscheiden war. Das Wesentliche am Plan war überdies, daß dann Schweden wiedergewählt würde oder ein Land gleicher politischer Selbständigkeit und Zielrichtung, wie z. B. etwa Holland, an seine Stelle in den Rat käme. Die Regelung der ganzen Angelegenheit war eine Sache derjenigen, die sich durch ein Versprechen an Polen die Hände gebunden hatten, und wurde dementsprechend nach langen schwierigen Erörterungen innerhalb der Ratsmitglieder dem erwähnten Weg gefunden. Dabei ist aber nun offenbar neben dem einen Versprechen an Polen, dessen Einlösung die Mächte der ganzen Welt in Schwierigkeiten hineinzog, plötzlich ein neues Versprechen aufgetaucht. Dieses der Kleinen Entente gegebene Versprechen bezieht sich auf die Gewährung eines nichtständigen Sitzes im Rat an Rumänien für die ausscheidende Tschechoslowakei. Es wird nun anscheinend Deutschland angesonnen, sich mit den übrigen Großmächte an einer gültigen Zusage in bezug auf die Wahl Rumäniens für die nächste Tagung zu beteiligen.

Von einer solchen deutschen Erklärung, sollte sie in der Tat der deutschen Vertretung angesonnen werden, kann keine Rede sein. Der oberste Grundsatz, den die Deutschen seit ihrem Eintreffen in Genf vertreten, geht dahin, daß Deutschland sich vor seinem Eintritt in den Völkerbund und in den Rat zu Gunsten keiner Macht oder Mächtegruppe in seiner künftigen Handlungsfreiheit beschränken lassen kann. Wenn bisher rein theoretisch deutscherseits auf den Gedanken eines doppelten Ausgleichs innerhalb des Rats in Anlehnung an die stetige Anregung eingegangen worden ist, so handelte es sich dabei ja um keine Erweiterung des Rats, und es war zudem die Beibehaltung des gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisses nach erfolgter Neuwahl Voraussetzung. Auch das bedeutete schon für die deutsche öffentliche Meinung eine außerordentliche Belastung und wird, wie die Artikel der deutschen Presse zeigen, als Ergebnis eines politischen Manövers der Gegenseite und somit als Unziemlichkeit Deutschland gegenüber betrachtet. Voraussetzung dabei war aber, daß mit einer solchen Lösung das französische Versprechen an Polen, von dem alles Unheil ausging, endgültig abgegolten sei. Zu einem gegebenen und voraussichtlich auch eingelösten Versprechen an Polen kommt aber nun heute ein neues Versprechen für die Kleine Entente, in bezug auf das der deutschen Regierung zugemutet wird, sich bindend zu verpflichten, bei der nächsten Wahl sich für Rumänien einzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist ein solches Ansinnen geradezu verwunderlich. Jedenfalls steht fest, daß die deutsche Regierung ebensowenig für Rumänien wie für Polen sich vor Eintritt in den Völkerbund in irgend einer Weise binden kann; das ist von Anfang an sämtlichen in Genf versammelten Mächten bekannt gewesen und der Grundsatz für dieses Verhalten wird zweifellos von ihrer großen Mehrheit geteilt.

*

Genf, 16. März. Auf Mittwoch vormittag 10 Uhr ist eine Vollsitzung der Völkerbundsversammlung anberaumt, in der der Bericht des Ausschusses über die Aufnahme Deutschlands entgegengenommen wird. Nachmittags wird voraussichtlich eine weitere Sitzung stattfinden, deren Tagesordnung aber noch nicht bekannt ist.

Die 12 wichtigsten Zahlen des Reichshaushalts 1926

Aus dem vom Reichsfinanzminister dem Reichstag vorgelegten Reichshaushaltplan für 1926 muß man sich folgende 12 Zahlen merken:

4220 Millionen Bedarf der eigentlichen Reichsverwaltung nach Abzug der Steuerüberweisungen an Einzelstaaten und Gemeinden.

1560 Millionen Pensionsbedarf, der fast so groß ist wie der Gesamtbedarf von Heer und Marine vor dem Krieg (1914 1680 Millionen).

899 Millionen Dawes- und Kriegslasten.

302 Millionen Zuschußbedarf der Schuldenverwaltung. Durch die Aufwertung werden etwa 20 Milliarden Altbesitzanleihen erfaßt, für die in 1926 insgesamt 189 Millionen erforderlich sind. An den Tilgungsgrundstock der Rentenbankscheine müssen 60 Millionen abgeführt werden, der Rest entfällt auf Verwaltungsausgaben.

800 Millionen Zuschußbedarf der Reichsministerien, wovon 395 Millionen, also fast die Hälfte, allein auf das Reichsarbeitsministerium entfallen. Nur das Justizministerium kann seine Ausgaben durch die Gebühren des Patentamts überdecken.

677 Millionen Bedarf der Heeresverwaltung, fast 10 Millionen mehr als im Vorjahr. Von dem Mehrbedarf entfällt ein Drittel auf die Besoldungsaufbesserungen, auf die Auffrischung des Heeresgeräts und auf Kreuzerneubauten.

6940 Millionen gesamte Steuereinnahmen (die um 550 Millionen auf rund 6400 Millionen gesenkt werden sollen).

2350 Millionen Einkommen- und Körperschaftssteuer. Erstere soll 2100, letztere 250 Millionen (70 Millionen mehr als im Vorjahr) erbringen. Davon verbleibt dem Reich aber nur ein Viertel, also 525 bezw. 62,5 Millionen.

1350 Millionen allgemeine Umsatzsteuer, wovon 70 v. H. also 945 Millionen verbleiben, 30 v. H. an die Staaten und Gemeinden abgeliefert werden. Durch die beabsichtigte

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Senkung der Steuer von 1 auf 0,6 v. H. wird sich der Ertrag etwa auf die Hälfte verringern.

1950 Millionen verpfändete Steuerquellen. Nach dem Dawesgesetz müssen die Einnahmen aus den Zöllen und den vier großen Verbrauchsabgaben (Tabak-, Zucker-, Biersteuer und Branntweinmonopol) an den Dawesagenten abgeführt werden, der aus ihnen die jeweils fälligen Zahlungen (1926 600 Millionen, davon 442 Millionen aus den verpfändeten Steuern). Die übrigen Zölle und Verbrauchssteuern bringen kaum nur noch 119 Millionen oder kaum 6 v. H. der verpfändeten Quellen.

2340 Millionenn Gesamtüberweisungen an Staaten und Gemeinden, und zwar 1762 Millionen oder 75 v. H. aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer, 450 Millionen (30 v. H.) aus der Umsatzsteuer, 125 Millionen aus der Kraftfahrzeug-, Rennwett- und Grunderwerbssteuer (je 96 v. H.).

401 Millionen Kosten der Reichsabgabenverwaltung. Die eigentlichen Erhebungskosten der Steuern sind auf 369 Millionen (ohne Pensionen) also 5,30 v. H. der Einnahmen (6940 Millionen) veranschlagt.

Die Schlußzahl des Haushaltsplans beträgt 7710 Millionen Mark.

Neuestes vom Tage

Die Barmatverluste der Oldenburgischen Staatsbank

Oldenburg, 16. März. Die Regierung teilte im Landtag mit, daß die Staatsbank durch die Betrügereien Barmats einen Verlust von 5,9 Millionen Mark erlitten habe, von denen 4,7 Millionen noch ausstehende Forderungen von Barmat sind.

*

Der spanische Angriff bei Tetuan abgebrochen

Paris, 16. März. Nach Blättermeldungen haben die Spanier den Angriff gegen die Kalyben bei Tetuan abbrechen müssen. Es ist nicht gelungen, die Rifleute aus ihren Felsenstellungen zu verdrängen.

Die Mächte gegen die Sperrung des Peihoflusses

Schanghai, 16. März. Die Kommandanten der Kriegsschiffe der Mächte vor Taku haben dem chinesischen General Lutschungling die Eröffnung der Beschießung angedroht, wenn er das chinesische Geschwader von Tientsin nicht zurückziehe, die Minen aus dem Fluß entferne, die Durchsuchung der fremden Handelsschiffe unterlasse und die Kanäle wiederherstelle.

Amerikanische Schadensersatzansprüche an Frankreich und Großbritannien

Washington, 16. März. Senator Borah brachte eine Entschließung ein, die vom Staatsamt einen Bericht darüber fordert, welche Schritte unternommen worden seien zwecks Einleitung von Verhandlungen über amerikanische Ansprüche gegen Frankreich und Großbritannien wegen Beschlagnahme amerikanischer Handelsschiffe im Weltkrieg, bevor Amerika selbst in den Krieg eintrat. Die Entschließung wurde dem auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Württemberg

Der württ. Staatshaushaltplan 1926/27

Dem Landtag ist der Entwurf des Staatshaushaltsplans für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 übergeben worden. Der Planentwurf ist diesmal für zwei Jahre aufgestellt worden.

Der neue Planentwurf enthält im Ordentlichen Dienst eine Gesamtausgabe für das Rechnungsjahr 1926 von 214 258 457 RM. und für 1927 eine solche von 212 828 817 RM. Diesen Ausgaben steht eine Gesamteinnahme für 1926 von 212 160 763 RM. und für 1927 von 212 104 763 RM. gegenüber, so daß also ein Abmangel bleibt für 1926 von 2 097 694 RM. und für 1927 von 724 054 RM.

Von den Gesamtausgaben für 1926 entfallen auf persönliche Aufwendungen mit Einschluß der Aufwendungen für Pensionäre und Unterstützungsempfänger, 122 870 771 RM., auf sachliche und vermischte 91 387 686 RM. Das sind 57 und 43 v. H. Für 1927 sind die Zahlen 123 097 731 und 89 731 086 RM. = 58 und 42 v. H.

Beim Außerordentlichen Dienst halten sich die Ausgaben und Einnahmen mit 12 113 798 RM. die Wage.

Die Justizverwaltung weist mit einem Bedarf von 11 955 700 RM. für 1926 und 11 946 700 RM. für 1927 als einzige Verwaltung gegenüber 1925 einen Zuschußminderbedarf für die kommende Planzeit, und zwar von 1 165 230 RM. und von 1 174 230 RM. auf.

Für die Verwaltung des Innern ist der Zuschußbedarf festgesetzt für 1926 auf 31 644 450 RM., für 1927 auf 31 566 450 RM. Darunter sind einmalige, fast ausschließlich den Straßen- und Wasserbau betreffende Anforderungen von je rund 5,5 Mill. RM., einschließlich eines Betrags von 1 920 000 RM. für jedes der beiden Jahre zwecks Fortsetzung der Arbeiten am Neckarkanal.

Im einzelnen ist für die Verwaltung des Innern noch herauszugreifen: Für die staatliche Polizeiverwaltung (Blaue Polizei) ist eine Ausgabenvermehrung um rund 300 000 RM. nachgewiesen. Für die Schutzpolizei (Grüne Polizei), die in Umbildung begriffen ist, sind 3 086 000 RM. in den Entwurf für 1926/27 eingesetzt. Ein Wenigerbedarf von rund 0,5 Mill. Reichs-Mark zeigt sich bei den Irrenanstalten. Das gewichtigste Kapital im Plan der Inneren Verwaltung ist das für Straßen- und Wasserbau. Es weist, wenn man den Staatsbeitrag für die Neckarkanalisierung mit 1 920 000 RM. wegläßt, allein — teils in fortdauernden, teils in einmaligen Ausgaben — einen Jahresbedarf von rund 12,5 Mill. Reichs-Mark auf gegenüber von 7,87 Mill. RM. für 1925 und von rund 5,75 Mill. RM. für 1914. Der Zustand unserer Straßen hat sich derart verschlechtert, daß sie nur mit sehr großen Mitteln wieder auf den für den Verkehr erforderlichen Stand zu bringen sind. Dabei sollen namentlich auch die staatlichen Beiträge an Gemeinden und Amtskörperschaften wesentlich erhöht werden, und zwar von 330 000 RM. auf 1 Million RM. Die in Aussicht stehende Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer soll ebenfalls für den Straßenbau verwendet werden.

Für Leistungen des Staats auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge mußten statt 1,76 Mill. 3,39 Mill. RM. angesetzt werden. Beim Arbeits- und Ernährungsministerium ist der Gesamtausschußbedarf für 1926 auf 8 279 350 RM., für 1927 auf 7 021 350 RM. veranschlagt. Der Mehrbedarf beträgt für 1926 2 093 230, für 1927 835 230 Reichs-Mark.

Bei der Zentralstelle der Landwirtschaft ist der fortlaufende Bedarf für die Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft um 294 450 RM. gestiegen, wozu noch einmalige Forderungen von 265 000 für 1926 und von 250 000 RM. für 1927 kommen. Hauptsächlich für die Bodenverbesserungs- und Feldbereinigungsunternehmung.

Für die Soziale Fürsorge sind 660 000 RM. mehr erforderlich. Als Landesanteil an der Erwerbslosenfürsorge sind für 1926 1 250 000, für 1927 250 000 RM. mehr eingesetzt. Zu erwähnen ist noch eine einmalige Forderung von 220 000 RM. für die Förderung des Luftverkehrs.

Bei der Kultverwaltung ist ein Zuschuß von 43 049 533 RM. für 1926 (+ 737 111) und von 42 999 893 Reichsmark für 1927 (+ 687 471) vorgesehen. Darunter sind einmalige Ausgaben in Höhe von 369 230 RM. für 1926 und von 208 790 RM. für 1927 enthalten. Bei dieser Verwaltung ruht das Schwergewicht ganz auf den Personalausgaben, nämlich 59 450 811 RM. bei einer Gesamtausgabe von 66 011 697 RM. Die Staatsleistungen für die Kirchen mit 11 218 553 für 1926 und 11 188 553 RM. für 1927 (ohne Baukosten) entsprechen den Grundsätzen des letzten Staatshaushaltplans. Von der genannten Summe entfallen auf die evangelische Kirche je 7 474 053 für 1926 und 1927, auf die katholische Kirche 3 718 000 für 1926 und 3 688 000 für 1927, auf die israelitische Zentralkasse je 26 500 RM. Bei der Universität und bei der Technischen Hochschule ist eine erhebliche Aenderung in der Zahl der Studierenden nicht eingetreten; dagegen zeigt der Besuch der Landwirtschaftlichen Hochschule einen nicht unbedeutenden Rückgang. Die Staatszuschüsse betragen für die Universität 2 208 750 bzw. 2 176 750, für die Techn. Hochschule 1 186 020 bzw. 1 163 330, für die Landw. Hochschule 382 900 bzw. 368 900 RM. Geplant ist die Einrichtung von vier weiteren Landwirtschaftlichen Winterschulen von 1926 ab, ferner die Schaffung von 40 außerplanmäßigen Stellen je für beide Jahre und Umwandlung von 20 nichtplanmäßigen in planmäßige bei den Gewerbe- und Handelsschulen. Die Schaffung von 20 außerplanmäßigen Lehrstellen für die Frauenarbeitsschulen, von 35 außerplanmäßigen für die Höheren Lehranstalten und von 40 außerplanmäßigen für die Volksschulen und von 25 außerplanmäßigen für die Handarbeits- und Hauswirtschaftsschulen. Zur Steuerung der Junglehrernot sind Mittel für 200 Schulpraktikanten pro Jahr vorgesehen. Neu sind eingestellt 200 000 RM. pro Jahr für Beihilfe zu Schulausbauten. Der Zuschußbedarf des Landestheaters beträgt pro Jahr 1 040 000 (vor dem Krieg 450 000). Davon ersetzt die Stadt Stuttgart dem Staat 40 v. H.

Die Finanzverwaltung benötigt einen Zuschuß von 12 728 780 bzw. 12 639 780 RM., was ein Mehr von 2 965 880 bzw. 2 876 880 RM. bedeutet. Dieses Mehr betrifft fast nur Bauforderungen. Geplant ist die Erstellung eines Strafzellenbaus bei der Landesstrafanstalt an Ludwigsburg, eines Kessel- und Maschinenhauses in der Heilanstalt Weißenau, einer Waschanstalt für die Universität und der Ausbau des Neuen Baues in Ulm.

Bei den allgemeinen Staatsbedürfnissen (Staatsschuld, Pensionen usw.) ist das Zuschußbedürfnis mit 19 064 000 RM. gleichgeblieben. Die Pensionen usw. sind gegenüber der Vorkriegszeit von 8,3 auf 17,3 Millionen Reichsmark gestiegen.

Die Nutzungen des Staatsvermögens und sonstige Einnahmen (ohne die Steuern) schließen mit einem Ueberschuß von 13 511 450 bzw. 13 401 450 ab, was gegenüber 1925 ein Weniger von 806 550 bzw. 916 550 RM. bedeutet. Namentlich ist der Forstertrag von 12 759 500 auf 11 000 000 RMk. zurückgegangen. Bei den Domänen ist der Ertrag um fast 400 000 M gestiegen. Bei der Staatslotterie ist mit einem Mehr von 203 000, bei den verschiedenen Einnahmen der Staatshauptkasse mit einem solchen von 438 000 RM. zu rechnen.

Die Steuern weisen für 1926 und 1927 einen voraussichtlichen Anfall von 107 500 800 RMk. aus, das sind 8 310 000 RM. mehr als 1925. Das Kernstück der steuerlichen Deckungsvorschläge für den neuen Planentwurf liegt in der Gebäude-Entschuldungssteuer. Nach dem neuen Entwurf eines Gebäudeentschuldungssteuergesetzes sollen nur die reichsgesetzlich vorgeschriebenen Mindestsätze zur Förderung des Wohnungsbaus und zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs erhoben und gleichzeitig die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ab 1. April für den Staat von 8 auf 5,5 v. H. gesenkt werden. Dementsprechend sind die letzteren Steuern mit einem um 8,5 Millionen niedrigeren Ertrag angesetzt, während aus der Gebäudeentschuldungssteuer für den Staat 12,3 Millionen RM. mehr eingestellt sind. Außerdem sollen der Wohnungskreditanstalt aus der Gebäudeentschuldungssteuer 15,6 Millionen zur Wohnungsbauförderung zugeführt werden. An Reichssteuerüberweisungen ist ein Mehr von 3,3 Millionen aufgenommen. Die übrigen Steuern, Sporteln usw. lassen ein Mehr von 1 210 000 RM. erwarten.

Stuttgart, 16. März. Verbotene Darstellung „historischer Revolutionsbilder". Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Bei der von der Kommunistischen Partei, dem Kommunistischen Jugendverband und dem Roten Frontkämpferbund für den 17. d. M., abends 7.30 Uhr, im Festsaal der Liederhalle in Stuttgart veranstalteten Märzfeier sollte auch eine Serie „historischer Revolutionsbilder" dargestellt werden. Da die Vorführung dieser Bilder offensichtlich nur der Vorbereitung des von der Kommunistischen Partei erstrebten gewaltsamen Umsturzes dient, wurde ihre Darstellung vom Polizeipräsidium aus allgemeinpolizeilichen Gründen verboten.

Stuttgart, 16. März. Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat einen Antrag, die Hundesteuer von 40 auf 50 M für den ersten, von 80 auf 100 M für den zweiten und von 120 auf 150 M für den dritten Hund zu erhöhen, abgelehnt. Dabei würde sich der Ertrag der Hundesteuer von 400 000 auf etwa 500 000 M erhöht haben. In Stuttgart gibt es 11—12 000 Hunde. Auf jeden 30. Einwohner kommt ein Hund.

Ernennung. Der Staatspräsident hat dem Forstmeister Merz in Tuttlingen eine Oberforstratsstelle bei der Forstdirektion übertragen.

Gefallenengedenktafel. Am Sonntag, den 9. Mai findet die Enthüllung des Erinnerungsmals für die Toten der 242. Inf.-Div. auf dem Waldfriedhof statt. Der Divisionskommandeur Generalleutnant von Erpf wird die Gedenkrede halten.

Der württ. Frontkämpferbund hat am letzten Sonntag hier seine erste Vertreterversammlung abgehalten, wozu ihm Glückwunschschreiben u. a. auch von dem Reichspräsidenten, der württ. Staatsregierung, Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg zugingen. Dem Bund sind im vergangenen Jahr über 3000 Frontkämpfer beigetreten. Seit seinem Bestehen hat er rund 25 000 M für Beihilfen und zinslose Darlehen gewährt. Beabsichtigt ist Bestellung eines besonderen fachmännisch ausgebildeten Fürsorgeanwalts für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Zum Bundesvorsitzenden wurde Baurat Rueff gewählt.

Aus dem Lande

Weil im Dorf, 16. März. Schultheißenwahl. Bei der Ortsvorsteherwahl haben 1424 Wahlberechtigte, zirka 70 Prozent, abgestimmt. Auf den bisherigen Schultheißen Dreher entfielen 1381 Stimmen.

Heilbronn, 16. März. Arbeitsjubiläum. Gestern konnte in der Schellischen Buchdruckerei der Maschinenmeister Karl Wagner aus Neckargartach auf ein 50jähriges Berufs- und zugleich Geschäftsjubiläum zurückblicken.

Gaildorf, 16. März. Hausverkauf. Das hiesige sog. Handwerkerhaus, ein in unserem neuen Villen-Viertel von einer Reihe von Handwerkern erstelltes Reklame-Einfamilienhaus, bei dem jeder der beteiligten Handwerker sein Bestes bot, wurde letzter Tage um 14 400 M an Dekan Hummel von Crailsheim verkauft.

Hall, 16. März. Vom Zug überfahren. Gestern morgen fuhr der ledige Postaushelfer Karl Schweikert trotz Verwarnung, da der Güterzug schon in Sicht war, mit seinem Postkarren über die Gleise des hiesigen Bahnhofs. Er kam unter die Lokomotive und wurde getötet.

Der 20 Jahre alte ledige Dienstknecht Wilhelm Spriegel von Steinbach Gde. Honhardt OA. Crailsheim, wurde vom Schöffengericht wegen eines Verbrechens der vollendeten und zwei Verbrechen der versuchten Vergiftung sowie wegen fünf Vergehen des einfachen Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Trochtelfingen, 16. März. Markterlaubnis. Es wurde die Genehmigung erteilt, daß mit den im Januar, März und November jeden Jahrs hier stattfindenden Märkten auch jeweils ein Pferdemarkt verbunden werden darf. Im Januar wird außerdem gleichzeitig ein Viehmarkt hier abgehalten werden.

Rottweil, 16. März. Aus dem Parteileben. Am Sonntag wurde hier unter Leitung von Stadtpfarrer Halbmann ein Kreisparteitag des Zentrums abgehalten. Es sprachen Landtagsabg. Bock für die Landesparteileitung, Reichstagsabg. Andre über die politische Lage im Reich, Landtagsabg. Hermann-Hohenmühringen über die deutsche Wirtschaftsnot und Landtagsabg. Studienrat Gauß-Heilbronn über württembergische Politik und die kulturpolitischen Forderungen des Zentrums.

Laupheim, 16. März. Grundsteinlegung. Unter größter Beteiligung fand am Sonntag die Grundsteinlegung der neuen Turnhalle statt.

Seekirch OA. Riedlingen, 16. März. Gemeine Tat. In einer der letzten Nächte hat ein hiesiger Landwirt versehentlich seinen Keller offen gelassen. Dies benützte eine ihm wohl nicht gutgesinnte Person und ließ den im Keller lagernden Most, 400 Liter, auslaufen.

Mittelbuch OA. Biberach, 16. März. Brand. In der Nacht brach in dem Wohngebäude des Zimmermeisters Kleinser Feuer aus, dem das ganze Gebäude mit Werkstatt zum Opfer fiel. Die Ursache des Brandes ist bis jetzt unbekannt.

Vom Bayerischen Allgäu, 16. März. Unter dem dringenden Verdacht des Giftmords an seinem eigenen Vater wurde der Landwirtssohn Franz Wolf von Hohenfurch verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Kempten eingeliefert.

Ulm, 16. März. Eingemeindung. Das Ministerium des Innern hat der Eingemeindung von Grimmelfingen nach Ulm zugestimmt, diejenige von Wiblingen ist noch umstritten.

Leonberg, 16. März. Ein deutscher Pionier. Der Nordpolflieger Karl Feucht aus Heimerdingen ist im Auftrag seiner Firma am Sonntag nach Brasilien abgereist.

Gerlingen OA. Leonberg, 16. März. Tödlicher Ausgang. Der bei der Schießerei am Abend des 3. Februar verwundete junge Mann ist nunmehr im Krankenhaus Leonberg seinen Verletzungen erlegen.

Großsachsenheim, OA. Vaihingen, 16. März. Steinwurf gegen einen Schnellzug. In kindlichem Uebermut warf ein etwa 10 Jahre alter Knabe einen Stein nach einem vorbeifahrenden Schnellzug. Dabei wurde das Fenster zertrümmert. Glücklicherweise kamen keine Menschen zu Schaden.

Großbottwar, OA. Marbach, 16. März. In den Ruhestand. Stadtschultheiß Burckardt tritt auf 1. April in den Ruhestand.

Aus Stadt und Land

Nagold, 17. März 1926.

Die Stärke der Staaten beruht auf den großen Männern, die ihnen zur rechten Stunde geboren werden. Man durchlaufe die Weltgeschichte, und man wird sehen, daß die Zeiten des Aufstiegs und des Glanzes der Reiche die waren, wo erhabene Geister, tugendhafte Seelen, Männer von hervorragendem Talent in ihnen glänzten und die Last der Regierung unter hochherzigen Anstrengungen trugen. Friedrich der Große.

*

Dienstnachrichten.

Durch Entschließung des Herrn Kirchenpräsidenten ist die Pfarrei Engelsbrand, Dek. Neuenbürg, dem Stadtvikar Hans Kraft in Weinsberg übertragen worden.

*

Eine Münzstatistik. Im Deutschen Reich wurden im Februar an Silbermünzen 8,99 Millionen Einmark-, 8,65 Millionen Zweimark-, 1,72 Millionen Dreimark-, 3,15 Millionen Fünfmarkstücke, an Pfennigmünzen 90 091 Fünf- und 110 045 Zehnpfennigstücke neugeprägt. Silberne Fünfzigpfennigstücke werden nicht mehr geprägt. Der Gesamtumlauf beträgt 263,06 Millionen Ein-, 65,15 Millionen Zwei-, 151,73 Millionen Drei-, 8,42 Millionen Fünfmarkstücke, sowie 2,79 Millionen Ein-, 5 Millionen Zwei-, 26,27 Millionen Fünf-, 55,85 Millionen Zehn- und 109,84 Millionen Fünfzigpfennigstücke. — Im Verhältnis zu der Anzahl der Münzen herrscht allgemein doch eine Knappheit an ihnen; Fünfmarkstücke z. B. sind selten anzutreffen, weil sie törichterweise vielfach gehamstert werden.

Arsenik an amerikanischen Aepfeln. Vor einigen Wochen wurden mehrere Londoner Fruchthändler vor dem Polizeigericht beschuldigt, Aepfel verkauft zu haben, die genügend Arsenik enthielten, um die menschliche Gesundheit zu gefährden. Die Händler erklärten, daß es sich um amerikanische Sorten, Jonathans und Newtowns, handle, die sie schon seit längerer Zeit verkauft hätten. Der Sanitätsrat des Bezirks legte dar, daß in Amerika die Früchte gegen gewisse Insek-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

tenschädlinge mit einer Brühe bespritzt werden, die Blei und Arsenik enthält. Diese Stoffe gehen eine in Wasser nicht lösbare Verbindung ein, die also durch bloßes Waschen nicht beseitigt werden kann. Es stelle sich sogar eine giftige Verbindung in der Schale ein. Das Urteil, dem erstes Vergehen zugrundegelegt wurde, lautete auf Zahlung der Kosten. Bei Wiederholung müsse eine sehr strenge Strafe bemessen werden. Eine Untersuchung durch alle englischen Sanitätsbehörden auf Veranlassung des Gesundheitsministeriums hat ergeben, daß die Arsenikbehandlung nur bei Aepfeln amerikanischer Herkunft zu beobachten war.

Vom Rettungswesen bei der Eisenbahn. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat angeordnet, daß alle im Reichsbahnbetrieb vorhandenen Rettungskästen auf Vollständigkeit und Gebrauchsfähigkeit ihres Inhalts geprüft und fehlende oder unbrauchbare Verbandsmittel ersetzt werden sollen. Jeder vorwiegend Personen befördernde Zug ist mit einem kleinen Rettungskasten auszurüsten. Im Seitengang eines jeden D-Zugswagen muß sich ein Verbandsschrank befinden. Für die Bahnhöfe sind je nach ihrer Klasse große oder kleinere Rettungskasten vorgesehen. Ein großer Rettungskasten soll sich in der Regel dort befinden, wo die Gefahr des Eintritts von Unfällen größeren Umfangs naheliegt. Die Zugführer von Triebwagen werden mit Verbandpäckchen in Blechbüchsen ausgerüstet.

Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs bei der Eisenbahn. Um dem Alkoholmißbrauch entgegenzutreten, werden bei der Eisenbahn im Fall einer anstrengenden, nicht durch öftere Pausen unterbrochene Tätigkeit bei einer Kälte von minus 8 Grad Celsius und bei einer Hitze von plus 25 Grad Celsius sowie bei naßkalter Witterung stärkende Getränke (Kaffee mit Milch oder Milch) auf Kosten der Verwaltung an die Zug- und Rangierarbeiter, sowie an die mit der Wiederherstellung unfahrbarer Gleise beschäftigten Bediensteten abgegeben.

*

Altensteig, 16. März. **Die Generalversammlung des Gewerbevereins** fand am Sonntag unter Leitung des Kaufmann Wucherer und in Anwesenheit des Syndikus Eberhard von der Handwerkskammer Reutlingen statt. Nach Erledigung von Vereins- und damit zusammenhängenden Angelegenheiten hielt Syndikus Eberhard einen Vortrag über die Wirtschafts- und Steuernot des Handwerks, in dem er u. a. vor Aufnahme von Krediten warnte und weiter ausführte, wie zum Teil die augenblickliche Inflation in Frankreich der deutschen Industrie zu schaffen mache, erwähnte die geringe Kaufkraft der Landwirtschaft und erläuterte sogleich die Notwendigkeit der hohen Steuern unter Hinweis auf den verlorenen Krieg, die zu zahlende Erwerbslosenunterstützung usw. Seiner Meinung nach gehen wir im nächsten Jahre keiner Besserung, sondern einer weiteren Verschlechterung und Verarmung entgegen. Auch er tritt für eine Entlastung des Etats durch eine Herabsetzung der Kosten für die öffentliche Verwaltung ein. Weiter kam er noch auf Baufragen, Baukredite, Agrarzölle, das Verhältnis zwischen Gewerbe und Landwirtschaft und andere zurzeit interessante Tagesfragen, sowie auf die Verwaltungstätigkeit der Handwerkskammer zu sprechen. Für seine Ausführungen wurde ihm allgemeiner Dank ausgesprochen.

*

Freudenstadt, 16. März. Der 7. und der 8. Sohn. Zur Geburt des siebten Sohnes erhielten die Maurerseheleute Johannes Würth in Baiersbronn-Ferrwies ein Glückwunschschreiben des Staatspräsidenten und eine Ehrengabe von 20 *M.* — Die Gipserseheleute Johannes Dölker in Dieterswiler haben den 8. Sohn bekommen. Reichspräsident von Hindenburg hat die Patenschaft des jungen Staatsbürgers übernommen.

Baiersbronn, 15. März. **Brand.** Kurz vor zwölf Uhr wurde der Löschzug zur Leistung von Brandhilfe nach Mitteltal alarmiert. Im Hauptgebäude der Leinenspinnerei Kolb & Schüle war Feuer ausgebrochen, das mit rasender Geschwindigkeit in den Vorräten an Werg um sich griff. Durch die exakte und kühne Bekämpfung des verheerenden Elementes durch den Löschzug Baiersbronn und die Feuerwehr von Mitteltal gelang es den Brandherd einzudämmen und unter Vordringen durch Qualm und Rauch nach schwerster Arbeit des Feuers Herr zu werden.

Unterjesingen, 16. März. **Glockenweihe.** Am Sonntag wurden unter starker Anteilnahme der Gemeinde und unter Mitwirkung verschiedener Chöre die neuen Glocken geweiht. Zum Vortrag kam ein von Pfarrer Bilfinger verfaßter und vom Schülerchor vorgetragener Chor.

Die Rücksendung unverlangter Manuskripte und die Beantwortung von Anfragen kann nur erfolgen, wenn entsprechendes Porto beigefügt ist. — Manuskripte sind möglichst nicht mit Bleistift anzufertigen und nur einseitig zu beschreiben.

Aus aller Welt

Unterschlagung. In Florenz ist der Bankier Giubotti nach Unterschlagung von 2 Millionen Lire geflüchtet. Geschädigt ist hauptsächlich die amerikanische Kolonie in Florenz; auch die Witwe des verstorbenen Sängers Caruso hat eine halbe Million Lire verloren.

Geheimnisvolle Brände in England. In England sind seit dem 8. Dezember v. J. 13 alte Landsitze niedergebrannt und sehr wertvolle Sammlungen von Kunst- und Altertumsschätzen sind dabei vernichtet worden. Kürzlich ist Lupton House, der Landsitz des Lords Churston in Devonshire, abgebrannt. Wertvolle Gemälde, viel altes Porzellan und eine große Bücherei gingen zugrunde. Die Versicherungsgesellschaften hatten für Brände dieser Art in den letzten 3 Monaten über 12 Millionen Mark auszuzahlen. Man vermutet planmäßige Verbrechen.

Bei dem Eisenbahnunglück in Costarica sind nach den letzten 248 Personen getötet und 93 verletzt worden. Die Ausflügler wollten an einer religiösen Feier teilnehmen.

Ueberschwemmung. In der Provinz Oro (Ecuador, Südamerika) wurden mehrere Dörfer infolge eines Wolkenbruchs durch Hochwasser beinahe vernichtet. Fünfzig Menschen sollen ertrunken sein.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten einschließlich der Beilage „Haus, Garten- und Landwirtschaft".

Vermißter Tourist. Der Rechnungsrevisor Erich Müller aus Charlottenburg unternahm am 2. März von der böhmischen Seite her eine Besteigung des Riesengebirges bezw. der Schneekoppe und wird seitdem vermißt. Das Rettungskommando der Sanitätskolonne von Krummhübel sucht nach dem Vermißten.

Die weibliche Leiche bei der Schneekoppe wurde als die 26jährige Tochter der Witwe Dürnberg in Warmbrunn festgestellt. Sie hatte mit dem indischen Studenten am Freitag das Wagnis der Besteigung der Schneekoppe unternommen. Nahe dem Ziel waren beide erschöpft zusammengebrochen und erfroren.

Ein Einbrecher verhaftet. Vor einiger Zeit wurden im Bezirksamt Berlin-Tempelhof durch Einbruch 308 000 Mk. geraubt. Drei Schuldige, darunter ein Beamter der Kasse, konnten bald darauf verhaftet und 210 000 Mark wieder beigebracht werden. Nun ist es der Polizei gelungen, einen weiteren Beteiligten, den 56jährigen arbeitsscheuen Mechaniker Paul Schröder, einen alten Verbrecher, festzunehmen. 32 000 Mark wurden bei ihm vorgefunden. Ueber den Verbleib der noch fehlenden 60 000 Mark verweigert Schröder jede Aussage.

Der Abenteurer Annunzio hat wieder das Bedürfnis, von sich reden zu machen. Der nunmehr Sechzigjährige erklärt in einer Schrift öffentlich: „Auf dem Gipfel meines Ruhms (!) blicke ich rückwärts und erkenne als Kind der Wollust den Wahnsinn und die Nichtigkeit meiner Eroberungen. Ich habe kein vorbildliches Leben geführt und habe mein Genie (!) dazu benutzt, die Liebe der Frauen hervorzurufen. Ich kehre jetzt zu meiner Gemahlin zurück, die ich vor 25 Jahren verlassen habe." — Es wäre immerhin möglich, daß die rechtmäßige Frau dem eitlen Wüstling die Türe nicht öffnete.

Sklavenhandel. In Neuyork und Chicago ist man einer Bande von Negern auf die Spur gekommen, die einen regelrechten Sklavenhandel mit jungen Mädchen von höchstens 15 Jahren betrieben, die nach der Negerkolonie bei Absecon (Staat Newjersey) verschickt wurden. Bis jetzt sind über 70 Fälle festgestellt.

Für das Volksbegehren haben sich nach Blättermeldungen in Berlin über 1¼ Millionen Personen eingezeichnet.

Ueberfall auf einen Reichswehrposten. In der Nacht wurde ein Posten der Reichswehr beim Pulverschuppen in Ruhleben (Spandau) angeschossen und schwer verletzt. Der Posten gab an, daß er drei Personen angerufen habe, die sofort mit Revolvern auf ihn schossen. Drei Söhne einer Witwe, die in einer ehemaligen Militärbaracke in der Nähe wohnen, sind als der Tat verdächtig festgenommen worden.

Der Prozeß Sklarz in Berlin nimmt außerordentlichen Umfang an. Es laufen immer neue Betrugsanzeichen ein. So meldete ein Rechtsanwalt aus Hamm in Westfalen, daß Sklarz (Sklarek) dem Industrieunternehmen Dobrig A.-G. sich angeboten habe, um mittels der „Norddeutschen Handelsgesellschaft", dies Hauptschwindelunternehmen des Sklarz, in finanzielle Ordnung zu bringen. Sklarz ließ alle Außenstände der Fabrik teils auf sich, teils auf seine „Handelsgesellschaft" übertragen, verbrauchte aber das Geld für sich. Die Folge war, daß die Fabrik den Konkurs anmelden mußte. Solche Geschäfte hat Sklarz, der in Berlin und Dresden den Großfinanzmann spielte, in großer Zahl gemacht.

Letzte Nachrichten

Die Berliner Presse zur Vertagung.

Berlin, 17. März. Der **„Tag"** stellt am Schluß seiner Erörterungen, die er dem Zusammenbruch des Völkerbundsgedankens widmet, fest, daß die deutsche Delegation den gefundenen Ausweg nicht eigener Initiative verdanke, sondern einer Lösung, die sich noch als Türe ins Freie erweisen wird. Auch der **„Berliner Lokalanzeiger"** meint, an der deutschen Delegation habe es nicht gelegen, wenn die Genfer Intrigen mit diesem kläglichen Fiasko des Völkerbunds und der gesamten europäischen Politik geendet hätten. Die **„Tägliche Rundschau"** meint, die unmittelbare Ursache für den Genfer Mißerfolg wäre das Veto Brasiliens, die eigentliche Ursache aber die französisch-polnische Politik und die unklare Haltung Chamberlains. Die **„Vossische Zeitung"** schreibt: Die Wendung, welche die Dinge in Genf genommen haben, sei eine schwere Täuschung. Namentlich die ehrlichen Freunde des Völkerbunds würden mit Trauer erfüllt sein über diese Diskreditierung der Institution des Völkerbunds. Das **„Berliner Tagblatt"** legt besonderen Wert darauf, daß trotz einer Vertagung das Friedenswerk von Locarno unverändert bleibt. Die Furcht der Urheber von Locarno, für den ganzen Fehlschlag der Locarnopolitik in Genf in ihren Ländern verantwortlich gemacht zu werden und die Furcht vor dem politischen „Was dann" habe sie zu diesem gemeinsamen Schritt gebracht. Politisches Kapital sei daraus nicht zu schlagen. Der **„Vorwärts"** stellt fest, daß man vor einem diplomatischen Trümmerhaufen stehe. Ganz schuldlos sei man auf keiner Seite. Der Genfer Sonderberichterstatter der **„Deutschen Allg. Zeitung"** teilt mit: Der Genfer Völkerbundsrat hat sich in einem Ausmaß blamiert, von dem man noch in fernsten Zeiten künden wird. Die sogenannten großen Staatsmänner, denen es so leicht fiel, Deutschland, nachdem es wehrlos gemacht wurde, in Ketten zu schmieden und immer neue Qualen für uns auszusinnen, erweisen sich in der Nähe gesehen als die kleinen Wichte mit allen Schwächen und Eitelkeiten, die ihr Werk schon lange kennzeichnet. Die **„Börsenzeitung"** sagt: Die deutsche Delegation wird bei ihrer Rückkehr aus Genf nach Deutschland keinen Triumphzug halten, aber empörte Gesichter sehen.

Handel und Volkswirtschaft

Der deutsche Handel in Indien. Die englische Handelspresse stellt fest, daß nach der vorliegenden Uebersicht über das indische Handelsjahr 1924/25 drei auffallende Erscheinungen festzustellen sind. Erstens, daß eine allgemeine Abnahme der britischen Ausfuhr nach Indien zu verzeichnen ist, obgleich Großbritannien steigende Einfuhrziffern aus Indien aufweist. Zweitens, daß Deutschland die Vorkriegsstellung im indischen Handel wieder erreicht hat und drittens, daß Japan seine Ausfuhr nach Indien verdoppelt hat. Hervorgehoben wird auch, daß während der letzten drei Jahre eine Anzahl amerikanische Artikel in Indien den Absatzboden verloren haben.

Hessische Schatzanweisungen. Der Freistaat Hessen hat durch Vermittlung verschiedener Banken 3jährige Schatzanweisungen im Betrag von 5 Millionen Mark ausgegeben, die zu 96,5 v. H. zum Verkauf gelangen.

Sturz des belgischen Franken. Der belgische Franken hat plötzlich eine starke Entwertung von 107 auf 121.50 zu 1 Pfd. Sterling erfahren, die auf scharfe Forderungen der amerikanischen Gläubiger an die belgische Regierung zurückzuführen sein soll. Die belgischen Privatbanken haben die Forderung der Regierung, die im Besitz dieser Banken befindlichen belgischen Schatzanweisungen, die demnächst fällig werden, bis 31. Dezember 1926 zu verlängern, abgelehnt, bezw. sie verlangen dagegen die Herabsetzung der amerikanischen Anleihen von 150 auf 100 Millionen, selbständige kaufmännische Verwaltung der belgischen Eisenbahnen und Umwandlung eines Teils der schwebenden Schuld in feste Anleihen. Minister Vandervelde ist aus Genf nach Brüssel zurückgekehrt. Man erwartet eine Kabinettskrise.

*

Stuttgarter Börse, 16. März. Trotz der widersprechenden aus Genf eintreffenden Nachrichten verkehrte die heutige Börse wieder in fester Haltung. Neue Aufwärtsbewegungen von größerer Bedeutung gab es zwar heute nicht, die gestrigen hohen Kurse der Lokalwerte haben sich aber gut behauptet, zum Teil leicht heben können. Zum Schluß bleibt man etwas ruhiger. Der Rentenmarkt lag auch heute wieder ruhig und vernachlässigt bei wenig Veränderungen. 5prozentige Reichsanleihe 0,39, Goldpfandbriefe gingen bei geringem Angebot eine Kleinigkeit zurück. Von den Verlagsaktien mußten Deutsche Verlag 2 v. H. ihres gestrigen Gewinns wieder hergeben, wogegen Beyer weitere 2 v. H. gewannen.

Württembergische Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 16. März. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 92 Ochsen, 72 Bullen, 250 Jungbullen, 316 Jungrinder, 113 Kühe, 1058 Kälber, 1200 Schweine und 3 Schafe. Davon blieben unverkauft: 12 Ochsen, 6 Bullen, 20 Jungbullen, 42 Jungrinder und 200 Schweine. Verlauf des Marktes: mäßig belebt, später abflauend. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig:

Ochsen: ausgemästete Tiere	43—47	Kälber: feinste Mast- u. beste Saugkälber	76—78
vollfleischige Tiere		mittlere Mast- und gute Saugkälber	68—74
fleischige Tiere	30—40	geringe Kälber	58—66
gering genährte Tiere	—	Schafe: Mastlämmer u. jüng. Hämmel	
Bullen: ausgemästete Tiere	43—45	Weidemastschafe geschlachtet mit Kopf	75—80
vollfleischige Tiere		vollfleischiges Schafvieh geschlachtet mit Kopf	—
fleischige Tiere	38—42	Schweine: über 240 Pfund:	70—80
gering genährte Tiere	—	von 200—240 Pfd.	78—79
Jungrinder: ausgem. Rinder	49—52	dto. von 160—200 Pfd.	74—77
vollfleischige Rinder		dto. fleisch. v. 120—160 Pfd.	71—74
fleischige Rinder	42—47	dto. unter 120 Pfd	
gering genährte Rinder	35—40	Sauen	58—69
Kühe: ausgemästete Kühe			
vollfleischige Kühe	30—38		
fleischige Kühe	18—25		
gering genährte Kühe	12—17		

Schweinepreise. Herrenberg: Milchschweine 40—53, Läufer 62—85 *M.* — Kirchheim u. T.: Milchschweine 55, Läufer 60 bis 100 *M.* — Ravensburg: Ferkel 32—40, Läufer 50—80 *M.* — Saulgau: Ferkel 40—45, Läufer bis 100 *M* das Stück.

Blaubeuren, 15. März. Farrenversteigerung. Bei der Farrenversteigerung des Verbands oberschwäbischer Fleckviehzuchtgenossenschaften wurden 54 Farren um 59 690 *M* verkauft, also Durchschnittspreis 1100 *M.* Es brachten 25 Farren bis 1000 *M*, 21 Farren 1000—1500 *M*, 7 Farren 1500—2000 *M*, 1 Farren 3020 *M*.

Fruchtpreise. Ellwangen: Weizen 12,50, Roggen 10 bis 10.20, Gerste 10, Hafer 9.40—11, Wicken 10 *M.* — Geislingen a. St.: Kernen 13,80, Weizen 12,70, Hafer 8.10—8,50, Gerste 10 *M.* — Ravensburg: Vesen 9—9.30, Weizen 11,50—12, Roggen 8.90—9, Gerste 8.90—9.40, Hafer 8,80—9,50, Saatgerste 10.20—12.50, Saathafer 10.35—11 *M.* — Reutlingen: Weizen 11—13,50, Gerste 8—11.50, Hafer 8.50—9,50, Dinkel 8,70—10. — Ulm: Kernen 13.60, Weizen 11—12.60, Roggen 8—8.40, Gerste 8.90—9, Hafer 7,20—10,60, Erbsen 11—12, Wicken 10,50—12,20 *M* der Ztr.

Konkurse.

Fa. Kühnert, Lederfabrik in Backnang. — Franz Wörsching, Manufakturwarengeschäft in Massenbachhausen. — Carl Cramer, Möbelhandlung in Liebenzell. — Karl Link, Tuchfabrikant in Lauffen a. N. — Fa. Johannes Bleibel jr. in Dornhan.

Viehseuchen in Württemberg.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen in Jagstfeld OA. Neckarsulm; Bürg und Brettach OA. Neckarsulm.

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in Diefenbach OA. Maulbronn: Börtlingen OA. Göppingen.

Gestorbene:

Calw. Georg Kolb, Kürschnermeister, 80 J.

Büchertisch.

Auf alle in dieser Spalte angezeigten Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung von G. W. Zaiser, Nagold, Bestellungen entgegen.

Antenne und Erde, Anleitung zum Bau von Innen-, Hoch- und Rahmenantennen, Blitz- und Apparat-Erden für Radioamateure, von Hanns Günther (W. Dehaas) und Dipl.-Ing. R. Hell. Mit 302 Abbildungen. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart. Preis in Halbleinen RM. 9.50.

Das Buch gibt dem Radioamateur alles, der seine Antenne selbst bauen will, handle es sich um Einzelfragen der Technik oder um Rechtspunkte. Insbesondere ist der Bau von Hochantennen berücksichtigt, ein Abschnitt, der in der deutschen Radioliteratur noch gar nicht behandelt wurde. Auch die für den Rundfunkteilnehmer besonders wichtigen Ersatzantennen sind sehr eingehend gewürdigt. In dieses Kapitel wurden die betreffenden Veröffentlichungen der amerikanischen und englischen Radioliteratur zu Rate gezogen. Auf die Errichtung von Hochantennen wurde auf Grund vieler praktischer Erfahrungen ein besonderes Augenmerk gerichtet. Dem Elektroinstallateur, der sich ja heute vielfach als Antennenbauer betätigt, wird das Werk von großem Nutzen sein, und der Radiohändler dürfte darin ein ganz ausgezeichnetes Nachschlagewerk finden. Die einschlägigen Verwaltungsvorschriften der deutschsprechenden Länder, ferner die wertvollen V.D.E.-Leitsätze samt einer Darstellung der gegenwärtigen Rechtslage auf dem Gebiet „Hochantenne und Hausbesitz", sowie ein Kapitel über die wichtigsten Messungen an Antennen (soweit sie ein Amateur mit einfachen Hilfsmitteln durchführen kann) beschließen diesen neuen Band der bekannten „Radio-für-Alle"-Bücher.

Hinweis. Unserer heutigen Gesamtauflage liegt ein Flugblatt des Verbandes Deutscher Mähmaschinenfabriken (e. V.) betr. Kriegsgreuel-Propaganda der J. H. C. bei, auf die wir unsere Leser besonders aufmerksam machen. 928

Das Wetter

Die Wirkung des westlichen Hochdrucks wird durch das nördliche Tief beeinträchtigt. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch veränderliches, mehrfach bedecktes, jedoch nur zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aufklärung!

Die grobschlächtigen, lügenhaften Angriffe, die wegen der Vermögensauseinandersetzung mit den deutschen Fürsten auf die sozialdem. Partei gemacht wurden, nötigen uns zur Erwiderung. Wir verzichten darauf, mit ähnlich grobem Geschütz aufzufahren und stellen in leidenschaftsloser Weise folgendes fest:

1. Es ist unwahr, daß die Soz. Partei schuld sei an der Verschleuderung des Heeresguts. Im Gegenteil, sie allein hat beim Zusammenbruch 1918 die Ruhe und staatl. Ordnung noch aufrecht erhalten. Herr Ludendorff dagegen ist mit der blauen Brille nach Schweden abgereist. Die soz. Partei war es, die damals noch rettete, was zu retten war, auch an Heeresgut.

2. Wer ist schuld am Zusammenbruch und an den Reparationslasten, welche Deutschland heute noch tragen muß? Wie stand es 1917? Rußland und Rumänien waren zusammengebrochen und baten um Frieden. Die Entente zitterte. Wir hätten damals mit Handkuß einen allgemeinen Frieden bekommen ohne Annexionen und Entschädigungen. Die Sozialdemokraten forderten ihn. Aber die deutschen Fürsten und Militärs wollten Eroberungen. So ging die Menschenschlächterei weiter. Wie gut wären wir heute daran, wenn die Forderung der Sozialdemokratie Erfolg gehabt hätte! Aber man nannte sie damals „Vaterlandsverräter". Heute hat das ganze deutsche Volk die Quittung dafür zu bezahlen.

3. Eine sozialdemokratische Regierung gab es nie. **Schon bei der ersten Wahl hatten die bürgerl. Parteien die Mehrheit.** Daher die Koalitionskabinette! Sämtliche Anträge der Sozialdemokraten zur Stabilisierung der Mark (Goldsteuern etc.) wurden von der bürgerl. Mehrheit abgelehnt. Die Großindustrie und der Großgrundbesitz waren die Hauptnutznießer der Inflation.

4. Es ist eine schamlose Lüge, die Sozialdemokratie habe sämtliche Aufwertungsanträge abgelehnt. Haben nicht die Deutschnationalen durch große Versprechungen die Sparer und Rentner auf den Leim gelockt, um sie hinterher treu- und schamlos zu betrügen? Denkt an Herrn Dr. Best, den sie als „Aufwertungsfanatiker" aus ihrer Partei hinausekelten, dem dann die Sozialdemokratie einen Sitz im Ausschuß einräumte.

5. „Die Religion ist in Gefahr! Nach den Fürsten kommen die Kirchen, Handwerker, Bauern dran", so tönt es allüberall. Diejenigen, die das schreiben, wissen genau, daß jedes Wort eine Lüge ist. Die Kirche hat doch nicht Schätze gesammelt auf Erden. Sie weiß doch, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als daß ein Reicher ins Reich Gottes kommt. Was soll man ihr also nehmen können!

6. Wie kamen die Fürstenvermögen zustande? Zu 90 % durch Blut, Tränen und Auspressung ihrer Untertanen. Die Rechtsparteien wollen diese Vermögen voll ausbezahlen. Wilhelm in Doorn fordert allein 400 000 Morgen besten deutschen Bodens; er bezahlt in Holland jährlich über 1 Million Gulden Steuer.

7. Es ist bewiesen, daß jeder Fürst mindestens eine Million in Sicherheit hat. Soll ihm dies nicht reichen?

8. Wir wissen, daß wir freie deutsche Männer sind und keine Fürstenknechte. Wir wollen einen großangelegten Diebstahl am deutschen Volk verhindern.

Wer hilft noch mit? Heute ist der letzte Tag.

964

Amtliche Bekanntmachung.

Eichwesen.

Die bei der polizeilichen Prüfung und Nacheichung der Meßgeräte im Jahr 1925 vorgefundenen Anstände sind bis **spätestens 1. April 1926** zu erledigen. Diejenigen Meßgerätebesitzer, welche bei der nach diesem Zeitpunkt stattfindenden Nachprüfung durch die Landjäger, ihre Anstände unerledigt haben, werden unnachsichtlich bestraft.

Nagold, den 15. März 1926.

961 **Oberamt:** Dr. Merkt, Amtmann.

Sämtliche Feldsämereien

Alle Sorten Kleesamen, Grassamen, Wicken, Futter-Erbsen, Esparsette

958 empfehlen bei billigsten Preisen

Berg & Schmid.

Coué

Die Selbstbemeisterung durch bewusste Autosuggestion

Deutsch von Dr. Paul Amann

*

Zum Preise von M. 2.20 vorrätig bei

G. W. ZAISER, Buchhandlung.

Württ. Forstamt Altensteig.

Beigholz- und Reisig-Verkauf.

Am **Freitag, den 19. März 1926, nachmittags 2 Uhr in Beihingen im „Ochsen"** aus Staatswald Eichhalde: 14 Rm. Spälter II. Kl., 5 Rm. Prügel, 66 Rm. Anbruch, 481 Rm. Reisig auf Haufen, 21 Rm. breitl. Reisig und 9 Los Schlagraum. 954

Polstergarnitur

(Gobelin) Sopha und 2 Sessel zu verk. Näheres

Eugen Lehre

956 Marktstr.

Zwei möblierte

Zimmer

hat sofort oder auf 1. April zu vermieten 953

Gg. Maier

Schreinermeister, Langestr.

Sulzer

Tafel-Butter

per Pfund 2.10

stets frisch bei 962

Friedrich Schmid

Reißzeuge bei G. W. Zaiser.

Bekanntmachung über Kurzarbeiterunterstützungen.

Auf Grund der §§ 10 Abs. 1 und 43 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 127) wurde mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen und des Reichsrats nach Benehmen mit dem Verwaltungsrate des Reichsamts für Arbeitsvermittlung angeordnet, daß Artikel 4 Abs. 3 der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 2. Mai 1925 (R.G.Bl. I S. 63) aufgehoben und die Kurzarbeiterunterstützung ab 1. 3 1926 vorläufig bis 1. 5. 26 wieder gewährt wird.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hierauf hingewiesen.

Zu der vorgeschriebenen Anmeldung der Kurzarbeit können Vordrucke vom Arbeitsamt bezogen werden, welches auch nähere Auskunft erteilt.

Nagold, den 15. März 1926.

Bez.-Wohlfahrtsamt Abt. Arbeitsamt.

960

Gemüse- u. Blumensamen

beste Qualität und erprobte Sorten,

einschl. **Runkelrüben, Bohnen, Zucker- u. Brockelerbsen, Steckzwiebeln, starke Schnittlauchbüsche, Gladiolen, Dahlien, Rosen Clematis, Pensee, Myosotis Bellis, div. Stauden.**

Zu Tafelschmuck u. Geschenken passend: **blüh. Topfpflanzen, Blumenkörbchen Palmen, Zimmertännchen und Zimmerlinden etc., Ansteckn elken** sowie **Kopfsalat, Spinat, Rosenkohl, Cresse, Lattich Monatrettich** empfiehlt

955

Fr. Schuster, Gärtnerei, Nagold.

Ein stets willkommener Schmuck im **Kinderzimmer** ist ein

Wandfries

Viele schöne Ausführungen von Mk. 1.— an vorrätig

G. W. Zaiser

Buchhandlung.

Wer ist das?

Handels-Kurs

Beginn des nächsten Kurses

in

Buchführung - Korrespondenz Handelslehre - Kaufm. Rechnen Reichskurzschrift - Maschinenschreiben

am 1. Mai 1926

Teilnahme an Einzelfächern ist möglich.

Anmeldung erbeten an 965

Isolde Gut - Nagold

Calwerstraße

967 **Nagold,** 16. März 1926.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

August Lehre

Bäcker

heute mittag 1/24 Uhr im Alter von 79 Jahren nach kurzer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Jüngerer Schreiner

auf eichene Möbel, der an sauberes Arbeiten gewöhnt ist, zum sofortigen Eintritt gesucht. 968

Christian Pfefferle

mech. Schreinerei **Schietingen** OA. Nagold.

Die Konfirmandenliste

— auf besseres Papier gedruckt — ist vorrätig in der Geschäftsstelle des „Gesellschafter".

Etwa 40 Ztr.

Heu

verkauft 966

Friedrich Volz Rohrdorf.

Christl. Vergißmeinnicht, Ziehkästchen, Wandsprüche, Leuchtkreuze,

bei G. W. Zaiser, Nagold.

Kaffee

feinst, aromatisch aus frischer Röstung empfiehlt 963

Friedrich Schmid

Formulare zur Hundesteuer

sind vorrätig bei

G. W. Zaiser Nagold.

Heute abend 1/29 Uhr **Gesamt-Probe** „Traube" 969

Bestellschein.

An das **Postamt**

Unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen.

Ich bestelle hiemit die Nagolder Tageszeitung

„Der Gesellschafter"

mit den illustr. Unterhaltungs-Beilagen „Feierstunden", „Unsere Heimat" u. der landw. Beilage „Haus-, Garten- u. Landwirtschaft"

für den **Monat April**

und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name: .....

Wohnort .....

Straße u. Hausnummer .....